

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 12. August 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfgepaltenen Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamisanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 93

„Nicht mehr, als ich unbedingt muß!“

Unsre beiden Artikel über „Neuzeitliche Lohnfragen“ (Nrn. 84 und 85) haben wieder einmal im Hintergrunde der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ große Verwirrung angerichtet. Da die von uns nachgewiesenen Tatsachen der willkürlichen Zurückhaltung der Leistungen und einer stark an das Gegenteil von Treu und Glauben grenzenden Vertragsstrenge auf Prinzipalsseite weder wissenschaftlich noch diktatorisch zu widerlegen sind, so verlegt sich die „Zeitschrift“ lediglich aufs Polittisieren, Schimpfen und Hetzen, und zwar „im Interesse der Gerechtigkeit“, laut Nr. 62 der „Zeitschrift“ vom 4. August. Als besondere Spezialität ist diesmal beachtenswert, daß das durch seine „Länderdorfferei“ gegen die Arbeiterkraft für eine gedeihliche gewerbliche Produktion immer hemmender gewordene amtliche Organ des Deutschen Buchdruckervereins sich diesmal zunächst hinter „sozialempfindende Prinzipale“ zu verkrachten sucht, die mit den hier in Frage kommenden Dingen am allerwenigsten zu tun haben, und daher auch weder von uns noch durch andre für solche Zustände verantwortlich gemacht werden können. Viele Herren, die leider gerade infolge der jedem sozialen Empfinden hochspröden Haltung der „Zeitschrift“ oder der dafür maßgebenden Taktik im Unternehmerlager unres Gewerbes in den letzten Jahren mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wurden, die jede von sozialen Empfinden getragene Handlung gegenüber der Gehilfenschaft vor den „tariflichen“ und „sozialistischen“ Vorwürfen der Instanzen des Deutschen Buchdruckervereins unterlassen oder verheimlichen müssen, sie werden jetzt von der „Zeitschrift“ als Kugelfang mißbraucht. Durch unser „Blasen ins Feuer“ sollen diese Prinzipale nämlich im „Interesse der Gerechtigkeit“ immer mehr auf den Standpunkt gedrängt werden: „Nicht mehr, als ich unbedingt muß!“

In Wirklichkeit liegen aber doch die Dinge so, daß wahrhaft sozialempfindende und auch danach handelnde Prinzipale noch von jeder im „Korr.“ weit mehr Hochachtung fanden als in der „Zeitschrift“. Nach der ganzen Haltung der letzteren handelt jeder Unternehmer, der seine Arbeiter höher bewertet, als es der Tarif unbedingt vorschreibt, selbst im günstigsten Falle „nicht empfehlenswert“; d. h. er schädigt angeblich die Interessen seiner Kollegen, die dafür weniger soziales Verständnis haben. Unsre Rubrik „Nachahmenswerte Beispiele“ ist ein deutlicher Beweis unsrer diesbezüglichen Werthätzung der wirklich sozialempfindenden Prinzipale. Geradezu niederschmetternde Beweise für die soziale Nichtständigkeit der Diktatoren der „Zeitschrift“ sind aber die immer wiederkehrenden Briefe an uns, worin wohl nachahmenswerte Beispiele in oft erfreulicher Weise mitgeteilt werden, die wir aber nicht veröffentlichen dürfen, weil sonst die betreffenden Spender und sozialempfindenden Buchdruckerbetreiber von den Ärgernissen und Diktatoren, deren Hausorgan die „Zeitschrift“ zu sein scheint, verstimmt, belästigt, bedroht und sogar erheblich materiell geschädigt werden; nicht öffentlich, sondern hintenherum. Und diesen Tatsachen gegenüber erlaubt sich die „Zeitschrift“ im angeblichen Interesse der Gerechtigkeit sich hinter sozialempfindende Männer im Prinzipalslager zu verchanzen! „Da kommt ja einen das Kloben an“, schreibt uns zu dieser Melodie der „Zeitschrift“ einer jener Prinzipale selbst, von dem wir wissen, daß er allein mehr soziales Verständnis für die Lage der Gehilfenschaft hat als sämtliche verantwortlichen und unverantwortlichen Ratgeber der „Zeitschrift“.

Es liegt uns selbstverständlich fern, die ganze neueste Jeremiade der „Zeitschrift“ über den „Korr.“, die Gehilfenschaft im allgemeinen, die Berliner Kollegenschaft und unsern Verbandsvorstand im besondern unter die Lupe zu nehmen. Auch die persönlichen Anrempfungen gegen uns können wir der „Zeitschrift“ abweisen. Ob der „Synopograph“, das Organ des Gutenbergsbundes, Holz auf den ihm vor der „Zeitschrift“ liebevoll gewidmeten Vorberkehrung für sein besonders unkollegiales Verhalten in der Kritik des Berliner Buchdruckerkreises sein

wird, das können wir ja abwarten. Für uns und den Verbandsvorstand ist die letzte Berliner Bewegung durch Haltung und Beschlußfassung unsres Verbandstags erledigt. Daß sich die Prinzipale, der Gutenbergsbund samt dem Faktorenbunde nicht recht damit abzufinden wissen, begreifen auch wir; aber das sind ja nicht unsre Schmerzen. Und daß es die „Zeitschrift“ ganz besonders wundert, daß wir den ungeheuren Schaden, den der Berliner Konflikt verursacht hat, aufs Konto der „starken Männer“ und juristischen Ratgeber der Berliner Prinzipale verbucht haben, das können wir nachfühlen. Wir haben während des ganzen Streiks keine Zeile geschrieben, die zu seiner Verlängerung oder Verschärfung beitragen konnte; die „Zeitschrift“ dagegen, die dies so mächtig ins Feuer, daß es vielleicht heute noch brennen würde, wenn es allein auf sie und ihre Einzelher angehimmelt wäre. Wir bleiben daher dabei, daß der ungeheure Schaden, der den Berliner Prinzipalen durch diesen Konflikt erwachsen ist, in erster Linie gewissen spekulativen Männern auf Prinzipalsseite zuzuschreiben ist, die es in Leipzig verhindert haben, daß der Tarifausschuß das letzte Mal früher zusammentreten konnte. Die Aufregung der „Zeitschrift“ über diesen heiklen Punkt mit Warnungsreklame für ihre „starken Männer“ beweist uns, daß wir mit dieser Kennzeichnung ins Schwarze getroffen haben. Unser Gewissen ist allerdings noch lange nicht so abgebrüht, um aus solcher Katastrophenspolitik den Nachweis untrer Unentbehrlichkeit herauszukramen, wie es die „Zeitschrift“ jedenfalls nur im Willkür der „starken Männer“ für letztere ihrem Leserkreis vorzugaukeln vermag.

Ein langes und breites phantastisches „Zeitschrift“ des weiteren über unsre Kritik der Haltung der Prinzipale in der Lokalaufschlagsfrage zusammen. Ziffermaterial von Anno Tobak soll beweisen, wie herrlich weit wir es auf dem Gebiete der Lokalaufschlagsregelung dank der wunderbaren Vertragsstrenge der Prinzipalität gebracht haben. Uns beweisen diese Ziffern jedoch nur, daß die damit operierenden Herren gar keine Ahnung davon haben, welche gewaltige Veränderungen auf dem Gebiete der Verteuerung der Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren in ganz Deutschland eingetreten sind. Die Einkommensverhältnisse dieser Personen scheinen sie von jeder Überlegung darüber zu verdonnern. Was mag einermachen entschuldigen; denn was man nicht sieht, kann mancher oft auch mit dem besten Willen nicht begreifen. Daß ein unter gewissen Verhältnissen mit gleichen Rechten und Pflichten vereinbarter Vertrag zu einem Verlust gegen die guten Sitten werden kann, wenn sich die Verhältnisse so ändern, daß die Rechte für einen der Vertragskontrahenten immer mehr im Werte sinken, während die Pflichten gleich bleiben, das paßt nicht in das Paragrafendogma solcher Schulweisheit. In der Lokalaufschlagsfrage, in der Entlohnung der Berechner und der tariflichen Bemessung der Leistungszulage der Maschinenföhrer ist dieser unhaltbare Zustand nach unsrer Auffassung teils mehr weniger schon längst gegeben. In der Verteuerung der Lebenshaltungskosten sind in den letzten beiden Jahren derartige Veränderungen eingetreten, daß die heutige Lokalaufschlagsregelung nicht nur gegen Treu und Glauben des Tarifs verstößt, sondern geradezu einen groben Anflug darstellt, dessen Beteiligung auf Kosten der Vertragsstrenge der Gehilfenschaft von der Prinzipalität ostentativ seit langem verhindert wird. Das sind fürwahr höchst sonderbare und höchst bedenkliche Wege, auf denen die Prinzipalität die letzten Funken von Vertragsstrenge zum Erlöschen bringt! Wir sind angesichts dieser Entwicklung der Dinge nicht in der Lage, ein solches Verhalten der Prinzipale als gerecht und billig zu beurteilen. Unsre Auffassung von Vertragsstrenge verlangt bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte. Und letztere werden heute durch die Haltung der Prinzipale in der Lokalaufschlagsfrage gegenüber der Gehilfenschaft abhichtlich nicht gewährt. Unsre Pflicht ist es, im Interesse der Gerechtigkeit diese Ungerechtigkeit zu beleuchten und bekämpfen. Ein Vertrag, der nur die Pflichten unverändert läßt, während die Rechte sinngemäß immer schwächer werden, ist ein sinnloser und ungerechter Vertrag und ethischer Vertrags-

kontrahenten, die sich auf Treu und Glauben stützen wollen, nicht würdig.

Auf der gleichen schiefen Bahn bewegen sich die übrigen Entrüstungsgepflehter der „Zeitschrift“ in Sachen der Maschinenföhrer, der Berechner und der Qualitätsarbeiter. Die mehrmaligen Drohungen, daß über unsre diesbezüglichen Darlegungen und Schlußfolgerungen noch an anderer Stelle gesprochen werden soll, lassen uns kalt. Die Herren im Deutschen Buchdruckervereine, die es nach dem Schah eines Redakteurs des „Korr.“ gelüftet, mögen sich ja vorlesen, daß sie sich dabei nicht selbst in die Haare geraten. Wir haben im „Korr.“ nicht mehr und nicht weniger gesagt, als den Herren im Tarifausschuß von Gehilfensseite schon tausendfach in noch viel härterer Weise gesagt worden ist. Und nachdem in der letzten Tarifausschlußung von Prinzipalsseite offiziell zum Ausdruck gebracht wurde, daß sie eine höhere Entlohnung, als tariflich festgelegt, nicht einmal für Qualitätsarbeiter empfehlen können, bedingt es der Grundsat der Gleichberechtigung, daß auch wir keine Verpflichtung haben, der Gehilfenschaft eine höhere Arbeitsleistung zu empfehlen. Die diesbezügliche Parole des Deutschen Buchdruckervereins lautet schon seit Jahren: „Nicht mehr, als ich unbedingt muß!“ Sein stiller, aber zäher Kampf gegen alle Prinzipale, die aus sozialem Verständnis heraus mehr tun, als sie gerade müssen, ist der beste Beweis dafür. Und nachdem nun diese Parole, sogar im Tarifausschuß offiziell als maßgebend für die Prinzipale erklärt wurde; da wäre ja die Gehilfenschaft mit Blindheit geschlagen, wenn sie sich nicht nach der gleichen Parole richten würde.

Wie der Lohn, so die Arbeit! Das ist die einzige richtige Antwort der Gehilfenschaft auf diese Parole des Deutschen Buchdruckervereins. Wir sagen nicht, und haben es noch nie gesagt, arbeite so wenig wie möglich, sondern so, wie ihr entlohnt werdet. Wo Prinzipale so vernünftig sind, daß sie einsehen, wie ungerecht und ungenügend die tarifliche Entlohnung dank des Grundsatzes der Mehrzahl der Prinzipalsvertreter „Nicht mehr, als ich unbedingt muß!“ gegenüber den heutzutage veränderten Lebenshaltungskosten ist, und dementsprechend auch höhere Löhne bezahlen, ist es sozusagen Ehrensache, daß auch der Arbeiter sein möglichstes tun, um sich nichts schenken zu lassen. Wo aber eine derartige soziale Einigkeit mit dem besten Willen nicht zu finden ist, da empfehlen wir, die Parole der „Zeitschrift“: „Nicht mehr, als ich unbedingt muß!“, nicht zu vergessen, sondern sie sinngemäß zu würdigen. Denn „eine Gemeinschaft bürdet den Parteien Rechte und Pflichten auf, und daß diese nach Treu und Glauben zum Ausdruck kommen, ist unerlässlich und liegt vor allem — im Interesse der Gerechtigkeit“, so schreibt die „Zeitschrift“ selbst am Schluß ihres letzten Amoklaufs gegen den „Korr.“, der uns mehr als alles andre beweisen hat, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Dem Tarifausschuß ins Stammbuch!

Nächste Woche finden wiederum Beratungen statt, wie man den Lohn eines Buchdruckergehilfen wohl am besten an gegenwärtigen Steuerungsverhältnissen anpassen könne. Ohne der Fälligkeit der Gehilfensvertreter anzuhörten zu wollen, kann man wohl sagen, daß die bisherigen Ergebnisse dieser Beratungen in keiner Weise die Erwartungen der Gehilfenschaft erfüllt haben, die vom Tarifausschuß mit Bestimmtheit annimmt, daß er endlich die Vogel-Strauß-Politik aufgibt und den realen Tatsachen einmal ins Gesicht schaut. Wie steht es denn heute in einem Durchschnittshaushalt eines Buchdruckergehilfen aus? Der Familienernährer hat drei oder mehr Jahre im Kriege täglich, ja stündlich sein Leben riskiert, damit in der Heimat das gewerbliche Leben vulgo Schieberium nicht gekürrt wurde. Er schüfte zumeist nur seine eignen Löhnen von der Kriegsgeld. Dabei kam kein geringes Verbleiben an Kleidung und Wäsche usw. gänzlich herunter, von der Gesundheit ganz zu schweigen. Nach dem Kriege ging dieser lebliche Reigen weiter: Ausbeutung ohne Schranken und ohne Unterlaß! Auch heute noch ist der Arbeiter nicht in der Lage, sich auch nur ein einziges Kleidungs-

